Kaczor Katarzyna , do prezentacji

Ein Instrument der Wirtschaftspolitik ist die Preispolitik. Hiermit greift der Staat in die Preisbildung am Markt ein um Marktfehler zu korrigieren. Man spricht in diesem Fall von staatlicher bzw. politischer Preisbildung.

Die staatliche Preisbildung hat zum Ziel bestimmte Anbieter oder bestimmte Nachfrager besserzustellen als bei freier Marktpreisbildung. Beispiele für die Anbieter sind z.B. die Landwirtschaft oder Stahlproduzenten. Für die Nachfrager bedürfte Haushalte oder Personengruppen. Staatliche Preisbildung hat damit auch immer eine soziale und verteilungspolitische Komponente. Es besteht daher immer die Gefahr, dass dieser Staatseingriff in die Preisbildung verzerrend wirkt oder zumindest nicht effizient ist.

Staatliche Preisbildung erfolgt durch zwei Arten von Maßnahmen:

1. Direkt durch nicht marktkonforme Maßnahmen

* Festpreise
* Höchstprese
* Mindestpreise

Direkte Preiseingriffe sind nicht marktkonform. Durch die sogenannte Preisbindung greift der Staat direkt in den Preismechanismus ein. Man unterscheidet zwischen den drei oben genannten Maßnahmen. Wir gehen in diesem Artikel weiter unten auf sie detailliert ein.

1. Indirekt durch marktkonforme Maßnahmen

* Steuern
* Zölle
* Subventionen
* der Staat tritt selber als Anbieter oder Nachfrager auf

Im Gegensatz zu direkten Preiseingriffen sind indirekte Maßnahmen marktkonform. Denn sie lenken nur die Preise, indem sie die Nachfrage oder das Angebot beeinflussen. Durch diese Maßnahmen kann sich immer ein neuer Gleichgewichtspreis bilden. D.h. sie beeinträchtigen nicht die Preisbildung am Markt.

Beispiele für indirekte Maßnahmen sind:

* Die Erhebung von Einfuhrzöllen
* Sie sichern inländischen Anbietern einen höheren Preis.
* Subventionen für bestimmte Wirtschaftszweige
* Exportförderung
* Zahlung von Exportprämien oder die Gewährung von Steuervergünstigungen für Unternehmen

Diese Beispiele sind Preisnahmen. Weiter kann der Staat noch Mengenmaßnahmen durchführen, um die Preisbildung über die Angebots- und Nachfragemengen zu beeinflussen:

* Festlegung von Einfuhrkontingenten
* Bevorratung landwirtschaftlicher Erzeugnisse
* Mengenmaßnahmen

Die genannten Beispiele zeigen, dass staatliche Eingriffe in die Preisbildung oft protektionistische Gründe haben. Sie werden auch stark als protektionistische Instrumente in der Außenhandelspolitik eingesetzt. Und sind damit nicht nur auf verteilungspolitische Ansprüche im Inland begrenzt.

Gründe für staatliche Eingriffe in die Preisbildung

* Korrektur für Marktversagen
* Soziale Gründe
* Schutz von Anbietern und Wirtschaftszweigen
* Schutz bestimmter Haushalte und Personengruppen
* Preiswertes Angebot von Grundgütern (z.B. Wohnungsmarkt, Medikamente)
* Schutz gegenüber Konkurrenz aus dem Ausland

Festpreis: Maßnahme des Staates, bei der die Preise für bestimmte Güter festgelegt werden und für einen bestimmten Zeitraum nicht verändert werden dürfen.

Generell ist in Deutschland die Preisbindung über das Wettbewerbsrecht verboten. Es existieren für einige Branchen allerdings Ausnahmen:

* Preisbindung bei Büchern
* Preisbindung bei Tabakwaren
* Gesetzlich geregelte Preise für bestimmte freie Berufe:
* Ärzte
* Psychologische Psychotherapeuten
* Tierärzte
* Zahnärzte
* -Architekten und Ingenieure
* Rechtsanwälte
* - Steuerberater
* - Preise für Taxisfahren in einer Gemeinde

Ein Höchstpreis hat im Wesentlichen 4 negative Wirkungen am Beispiel des Wohnungsmarktes

* keine Ausweitung des Angebots

Obwohl ein Nachfrageüberschuss herrscht, kommt es aufgrund des festgesetzten Preises nicht zu einer Ausweitung des Angebots. Die geringen Mieten schaffen kaum Anreize für Investoren neue Wohnen zu errichten.

* verschärfte Bedingungen bei der Verteilung

Durch den Nachfrageüberschuss kommen die Anbieter in eine Machtposition. Die Vermieter können sich unter den zahlreichen Bewerbern die besten aussuchen und zwar auch nach nichtökonomischen Kriterien (z. Bsp. Kinder, Haustiere, Religion), die normalerweise keine Rolle spielen würden.

* Schwarzmarkt

Um diesen Bedingungen zu entgehen, weichen die Menschen auf schwarze Märkte aus, in denen sich der Preis frei gestalten kann.

* Rationierungsmaßnahmen

Der Staat muss die Höchstpreise durch Rationierungsmaßnahmen absichern (z. Bsp. Bezugsscheine). Dadurch werden z. Bsp. Bestechung und Lobbyismus provoziert.